

Während der eingehenden Diskussion wurden insbesondere die Ausgaben von rund 20.000 EUR als viel zu hoch angesehen. Bei einigen Modulen seien Einsparungen möglich, in dem die Aufgabe z.B. von eigenem Personal durchgeführt werden könne; ebenso könne man sich nicht vorstellen, wieso die politische Beteiligung (Modul 3.1) rund 3.100 EUR kosten solle.

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, dass seitens der Verwaltung die Höhe der jeweiligen Kosten der Module zu überprüfen sei. Ebenso solle geprüft werden, ob nicht auch die Hochschule eingebunden werden könne. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde dann letztlich über die Höhe der Mittel entschieden.

Auf Antrag des Herrn Waldästl sagte die Verwaltung zu, das Leistungsverzeichnis für die einzelnen Module erst nach Abstimmung im Unterausschuss „Kinder- und Jugendförderplan“ zu versenden.